

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ersteinst

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich zum Orte 6,00 Mk.,
bei allen Postanstalten 7,50 Mk.

Druck und Verlag:

B. Hunsolt's Stadt- und Buchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortliche Redaktion: Paul Hunsolt.

Anzeigen-Preis:

Für die einspaltige Zeile bis oben oben 1 Mk.
Zusätzliche Abnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erstausgangstage.

Nr. 21.

Verkaufs-Nr. 10.

Mittwoch, den 15. März 1922

Verkaufs-Nr. 10.

44. Jahrg.

Rundschau.

Die neue Beamtenbesoldung.

Berlin, 13. März. Die in der Nacht zum Sonntag zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Reichsregierung getroffene Vereinbarung über die Regelung der Beamtenbesoldung sieht folgende Erhöhungen vor:

Die Grundgehälter sollen erhöht werden in Gruppe 1 um 3750 Mark, in Gruppe 2 um 3 um je 4250, in Gruppe 4 um 4500 Mark, in Gruppe 5 und 6 um je 4750 Mark, in Gruppe 7 um 4250 Mark, in Gruppe 8 und 9 um je 4500, in Gruppe 10 um 4000 Mark, in Gruppe 11 um 3000 und in Gruppe 12 um 2500 Mark. Die Grundgehälter der Gruppe 13 bleiben unverändert. Der Ortszuschlag bleibt wie bisher. Der prozentuale Teuerungszuschlag auf das Grundgehalt, der Ortszuschlag und der Kinderzuschlag wird von 20 auf 25 Prozent erhöht. Als neuer Gehaltsbestandteil wird ein Frauenaufschlag von jährlich 1000 Mark eingeführt, auf die aber kein Teuerungszuschlag gewährt wird. Diese Neuregelung tritt mit dem 1. April in Kraft.

Außerdem soll die Frage einer Vorzuschlagung noch im Monat März im Benehmen mit dem 23.er Ausschuss des Reichstages besonders geprüft werden. Die getroffene Regelung bedarf noch der Zustimmung der Spitzenorganisationen und des Reichskabinetts sowie der gesetzgebenden Körperschaften. Der Gesamtaufwand der Erhöhungen dürfte jährlich etwa 30 Milliarden Mark einschließlich der Aufwendung für die Löhne und Gehälter betragen. Zur Deckung dieser Mehrausgaben sollen bei der Eisenbahn und der Post Tarifserhöhungen vorgenommen werden, die voraussichtlich schon am 1. April in Kraft treten werden.

Die siebente Millionenzahlung.

Genf, 13. Februar. Der Temps meldet aus Berlin, daß auch die siebente deutsche Rate von 31 Millionen Goldmark von der deutschen Regierung zum 17. d. Mts. bereitgestellt ist. Das Ergebnis der alliierten Finanzkonferenz.

Paris, 11. März. Die verbündeten Finanzminister haben nachmittags das Abkommen unterzeichnet. In letzter Stunde wurde noch beschlossen, die Kosten Frankreichs für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 im vorigen Frühjahr Deutschland zur Last zu schreiben. Über die in Aussicht genommene internationale Anleihe für Deutschland wurde grundsätzlich beschlossen, etwa zwei Drittel der Summe Deutschland aufs Wiedergutmachungskonto gutzuschreiben und ihm den Rest zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu belassen. Die Anleihe soll durch die deutschen Zölle und eine Exportabgabe garantiert und amortisiert werden. Nach dem offiziellen Communiqué enthält das interalliierte Abkommen folgende Bestimmungen:

Mit Bezug auf die Kosten der Besatzungsarmee nach dem 1. Mai 1921 werden die von Deutschland zu zahlenden Beträge wie folgt festgelegt: 102 Millionen belgische Franken für Belgien, zwei Millionen Pfund Sterling für England, 460 Millionen Franken für Frankreich. Die Ausstellung der Sachlieferungen, die Deutschland im Jahre 1922 auf Grund der Entschädigungen der Wiedergutmachungskommission zu leisten hat, wird auf der Grundlage von 65 Prozent für Frankreich und 35 Prozent für die übrigen Mächte erfolgen. Die vier Regierungen stimmten damit dem Wiesbadener Abkommen auf die Dauer von drei Jahren zu. Die übrigen Mächte, die neben Frankreich noch auf Wiedergutmachungen Anspruch haben, bekommen Genehmigung, mit Deutschland ähnliche Abkommen, wie das

Wiesbadener, zu treffen, unter dem Vorbehalt der Beschränkung des Gesamtwertes der Sachlieferungen. Keine der Mächte kann aber verpflichtet werden, den eventuellen Mehrwert der Sachlieferungen für 1922 in bar zurückzahlen. Sollten sie stattdessen, so werden diese auf das Jahr 1923 und die folgenden Jahre mit den Zahlungen Deutschlands verrechnet werden. Die erste von Deutschland geleistete Goldmilliarde wird wie folgt verteilt: 50 Millionen Goldmark an Großbritannien zur Zahlung eines Teiles der Kosten der Besatzungsarmee vor dem 1. Mai 1921, 140 Millionen Mark an Frankreich zu dem gleichen Zweck, den Rest an die belgische Vorkredit mit Ausnahme einer Summe von 102 Millionen italienische Lire, die Italien zugesprochen werden.

Amerikas Ansprüche an die Reparationskommission.

Paris, 12. März. Wie „New York Herald“ meldet, soll das Staatsdepartement gestern mit Nachdruck erklärt haben, die Vereinigten Staaten würden auf Bezahlung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als eine unantastbare Schuld angesehen. Die amerikanische Regierung würde ihre Ablehnung als ein ungewöhnliches Vorgehen der Alliierten betrachten.

Nach einer Meldung desselben Blattes erklärte sein Washingtoner Korrespondent, Präsident Harding hoffe, daß nach der Konferenz von Genua eine europäische Konferenz für die Abrüstung zu Lande zusammengetreten werde.

Paris, 12. März. Der halbamtliche amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, hat die alliierten Finanzminister, die sich mit der Prüfung der Verteilung der deutschen Zahlungen befassen, davon verständigt, daß seine Regierung den Betrag, der ihr für die Kosten der Besatzungsarmee zustehe, rechnet hat, d. h. 966 Millionen Mark und dazu die Zinsen dieser Summe.

Wie „Petit Parisien“ mitteilt, hat die Forderung Boydens auf Erstattung der Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee wie ein Leather-Coup gewirkt. Boyden, der bis jetzt nur die Rolle des Beobachters gespielt habe, habe eine Note verlesen. Die von ihm verlangten Kosten seien berechnet bis zum 1. März 1921. Nach dem „Echo de Paris“ beläuft sich der von Amerika verlangte Betrag einschließlich der Zinsen auf ungefähr 1 Milliarde 20 Millionen Goldmark.

Zu der amerikanischen Note schreibt „Liberte“, es wäre unklar, den Schritt leicht zu nehmen. Er sei sehr ernst. Amerika wolle Geld haben. Die öffentliche Meinung Amerikas aber verlange noch anderes, die Entwaffnung Europas. Das Verlangen Boydens solle den Alliierten begreiflich machen, daß die militärischen Ausgaben unproduktiv und schädlich seien, und daß sie die gesamten Reparationszahlungen absorbieren. Aber auch auf etwas anderes noch müsse man achten; auf die nächste amerikanische Note, die viel enger sein werde, und die auch plötzlich kommen könne.

Genua aufgegeben?

London, 12. März. „Daily Mail“ teilt mit, daß in politischen Kreisen mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß der Plan der Konferenz von Genua aufgegeben werde. Lloyd George wünsche zwar immer noch, daß die Konferenz am 10. April beginnen soll, aber die Weigerung der Vereinigten Staaten nehme der Konferenz viel von ihrer Bedeutung.

Rom, 13. März. Den Zeitungen zufolge ist auf Grund ausländischer Mitteilung die Konferenz von Genua endgültig auf den 10. April festgesetzt worden.

Gegen die Erdrückung des Mittelstandes.

Berlin, 12. März. Das Mittelstandesfortell, das in Berlin etwa 200 000 Mitglieder zählt, veranstaltete heute nachmittags im Lustgarten eine gewaltige Kundgebung gegen die steuerliche Erdrückung des Mittelstandes. Aus allen Teilen Berlins zogen Zehntausende mit Fahnen und Plakaten heran, und Redner großer Organisationen und Anzeigen sprachen von verschiedenen Plätzen zu der zahlreichen Menge, indem sie die Verarmung im Reich, Staat und Kommunen kritisierten. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wurde der Schutz des selbständigen Mittelstandes im Handwerk und Gewerbe gefordert und Front gemacht gegen die neuerliche Belastung durch übermäßige Erhöhung der Gewerbesteuer.

Kanonenfieber.

Berlin, 11. März. Ueber die von General Nollet beantragte Ausbildungsvorschrift für die deutsche Artillerie erklärte der Reichswehrminister Oehler im Haushaltsausschuß des Reichstages: Ich bin überzeugt, daß wenn den Beträgen kommenden Stellen der Sinn dieser Vorschriften klargelegt wird, sie die Dinge anders sehen werden. Denn in dieser Vorschrift kommt nichts anderes zum Ausdruck, als daß die Ausbildung nicht vorabgegeben, sondern nur den Bedürfnissen des Amtes dienen soll. Von Angriffskrieg ist darin nicht die Rede. Unsere Militärs sind viel zu geschult, als daß sie mit den uns gebliebenen Mitteln den Angriffskrieg unternehmen wollten. Es ist mir nicht klar, wie auf der Gegenseite, wo doch auch hervorragende Militärs sitzen, eine solche Auffassung überhaupt entstehen konnte; denn an ihrer Outgläubigkeit wollen wir doch nicht zweifeln.

Ein deutscher Wahlsieg in Dänemark.

Die Stadtverordnetenwahl am Sonnabend in Tondern, das dänisch geworden ist, ergab bei 1688 abgegebenen Stimmen eine Wahlbeteiligung von 8 Prozent. Für die Deutschen wurden 857, die Dänen 538 und die Sozialdemokraten 253 Stimmen abgegeben. Es sind somit gewählt: acht Deutsche, fünf Dänen und drei Sozialdemokraten, unter letzteren ein Deutscher. Es bleibt also eine deutsche Mehrheit.

Großherzogin Anastasia †.

Cannes, 12. März. Die Großherzogin-Witwe Anastasia von Medlenburg-Schwerin, die Mutter der Königin von Dänemark und der ehemaligen Kronprinzessin Cecilie, ist gestorben.

Hermes Reichsfinanzminister.

Berlin, 10. März. Ämtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, unter Entbindung von der Führung dieses Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Das neue Warschauer Kabinett.

Warschau, 10. März. Das neue Kabinett, das heute unter Vorsitz des bisherigen Ministerpräsidenten Ponikowski gebildet wurde, weist nur drei neue Namen auf. Neu ernannt wurde Ramonski zum Minister des Innern, Dowski zum Minister für Handel und Industrie und Wagnowski zum Eisenbahnminister. Sonst verblieben die übrigen Minister auf ihren Posten.

Das Kabinett Ponikowski 2 wird eine festere und breitere Grundlage für die Verhandlungen in der Wilna-Frage haben. Katastrophale Zeitungen drücken die Hoffnung aus, daß es diesem Kabinett gelingen möge, die noch bestehenden Schwierigkeiten in der Wilnaer Angelegenheit baldigt und am besten zu regeln. Das neue Kabinett bedeutet eine Niederlage für die Politik der Nationaldemokraten, die auch bekanntlich die Wilnaer Aktion verteilten.

Oberschlesien.

Uebnahmevorbereitungen für den 1. Mai?

Den 1. u. 2. OS., 12. März. Wie aus sonst gut unterrichteter Quelle verlautet, treffen die Polen Vorbereitungen zur Uebnahme der Verwaltung zum 1. Mai. Auch alle Vorbereitungen für die Unterbringung der notwendigen polnischen Staatsbeamten deuten auf eine Uebnahme am 1. Mai, möglicherweise gar schon Ende April hin. Wann dagegen die Besetzung des an Polen abzutretenden Gebietes durch polnische Militär erfolgen wird, darüber sind in polnischen Kreisen noch keine bestimmten Termine bekannt.

Vorläufig nur zwei Streitfragen.

Genf, 11. März. Mit dem heutigen Tage läuft die Frist ab, die für die noch ungelösten Streitfragen in den deutsch-polnischen Verhandlungen festgelegt war. Zugewiesen ist über das Gebiet der Unterkommissionen 1—9 völlige Einigung erzielt worden. Die deutschen und polnischen Bevollmächtigten legten daher dem Präsidenten Calonder nur zwei Streitpunkte aus dem Arbeitsbereich des 10. Unterkommisions (Allgemeine Rechts- und Equidivisionsfragen) vor und kündigten gleichzeitig an, daß die Vorlegung der Streitpunkte aus den Unterkommisionen 11 und 12 (Wanderheitsfragen und wirtschaftliche Organisation) noch für die nächsten Tage vorbehalten bleiben müsse. Damit steht jedoch noch nicht fest, daß tatsächlich auch alle diese Streitpunkte vor den Entscheidern des Präsidenten Calonder gelandt müssen, da noch Einigungsverhandlungen im Gange sind.

Der Fall Petersdorf.

Berlin, 11. März. Die Note der deutschen Regierung an die Interalliierte Kommission in der Angelegenheit des in Oberschlesien erschossenen Polizeibeamten Milenberg wurde von der Interalliierten Kommission und dem Vorschlichterrat, an den sie ebenfalls gerichtet war, ablehnend beantwortet. Die Interalliierte Kommission und der Vorschlichterrat stellten sich auf den formalen Standpunkt, daß die Interalliierte Kommission allein für das obereschlesische Gebiet verantwortlich sei und daß diese Frage der Zuständigkeit der deutschen Regierung nicht unterliege. Die Interalliierte Kommission teilte mit, daß bereits Vorbereitungen getroffen seien, um eine Entschädigung an die Hinterbliebenen des Erschossenen auszusprechen.

Gleitwitz, 11. März. Das Ankerordentliche Kriegsgericht in Gleitwitz verurteilte die zwei Soldaten, die den Wachtmeister Milenberg erschossen haben, zu vier Jahren Zuchthaus und Aussperrung aus dem Heere.

Calonder zur Presse.

Genf, 10. März. Aus der gestern berichteten Unterredung des Präsidenten Calonder mit den in Genf weilenden Pressevertretern ist noch folgendes wichtiges: Präsident Calonder legte dort, wie er alle Fragen anschließend unter dem Gesichtswinkel der Entscheidung der Vorschlichterkonferenz über Oberschlesien und dem der Bevölkerung des Landes zu betrachten habe. Da müsse er nun sagen, so sehr er das Interesse der Oberschlesier an einer schnellen Entscheidung begreife, daß doch ihr anderes Interesse, nämlich die Grundlagen einer Verfassung für die kommenden anderthalb Jahrzehnte, solide und fest gebaut zu wissen, häufig doch in einem unüberbrückbaren Gegensatz dazu stehen.

Präsident Calonder sagte dann die großen technischen Schwierigkeiten der Herstellung des Vertragstextes auseinander, über die wir bereits berichtet haben. Er fügte hinzu, daß infolge der ungeheuren Schwierigkeiten nicht nur juristischer und technischer, sondern auch sprachlicher Art die Unterzeichnung des Vertrages erst sehr viel später, als ursprünglich vorgesehen, werde stattfinden können. Weiter wies Präsident Calonder auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, alle gleichmäßig anzuwenden und doch entgegengegesetzten nationalen Tendenzen in vielen Fragen miteinander in Einklang bringen zu müssen.

„In den kommenden 15 Jahren wird“, so sagte Präsident Calonder, „die gemischte Kommission diesen Vertrag, den wir hier ausarbeiten, anzuwenden haben. Er muß also klar, genau und bestimmt abgefaßt sein. Er muß aber auch so sein, daß er den künftigen Verhältnissen beiderseitig der neuen Grenze sich mit genügender Schmiegsamkeit anpassen kann, und daß er im Rahmen der notwendigen Anpassung, zu deren Ermöglichung er abgefaßt wird, eine Weiterentwicklung des Landes nicht verhindert. Ich denke bei der Arbeit oft an die obereschlesische Bevölkerung, die ich kürzlich besucht habe, und von der ich eine so vorzügliche Erinnerung mir bewahrt habe. Um ihr Leben, ihr Gedeihen und ihr Wohl handelt es sich vor allem. Sie alle, große und kleine Kaufleute

und Landwirte, die Industriellen, auf deren Großbetriebe das Land mit Recht stolz ist, und die Arbeiter, von deren Arbeit das Schicksal des Landes zum guten Teil abhängt, erwarten mit einer Geduld, für die ich ihnen danke, das Ende unserer Arbeit. In ihrem Interesse haben wir sie so schnell als möglich zu beenden, aber in ihrem Interesse müssen wir auch darauf achten, daß die Schnelligkeit nicht die Gediegenheit des Werkes beeinträchtigt.“

Genf, 13. März. Wie bereits gemeldet, ist in den Unterkommisionen 1—10 völlige Einigung zwischen der deutschen und polnischen Delegation erzielt worden. In den Streitfragen, die damit erledigt sind und seines Schicksals mehr bedürfen, gehört auch die Frage der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation, die bekanntlich Gegenstand besonderer eingehender Verhandlungen war. Die Meinungsverschiedenheiten lagen vor allem in dem Fortschreiten des Zusammenhanges zwischen den Gewerkschaften im abgetretenen Gebiet mit ihren Zentralen. Diese Frage ist nun, wie man hört, in Verbindung mit anderen Problemen des Arbeitsrechtes in einer für beide Teile annehmbaren Form gelöst worden, welche die wesentlichen Interessen der Arbeiter im polnischen und den Teil Oberschlesien wahrst.

Genf, 13. März. Über den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen gibt das Vorschlichtersekretariat folgende Mitteilung aus: In unserer letzten Mitteilung wird ausgedrückt, daß die beiden Abordnungen der beiden Länder eine Denkschrift überreicht haben, in der die noch offenen Streitfragen zusammengefaßt werden. Es handelt sich um folgende Punkte:

1. Die Equidivision des deutschen Besitzes und der deutschen Interessen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesien.

2. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen über die Anwendung des Artikels 256 des Versailler Friedensvertrages auf den polnischen Teil Oberschlesien (Uebergang des Besitzes des preussischen Staates an Polen.)

3. Gewisse Fragen aus der Unterkommision 11 (Wanderheitsfragen) und die Frage des Verkehrs bei Krasburg. Diese 3 Kategorien und Fragen, sowie gewisse Meinungsverschiedenheiten, die sich gegebenenfalls noch ergeben können, sind durch den Präsidenten entweder durch Vermittlung oder Schiedsspruch zu lösen. Die Ausprägungen über manche dieser Fragen sind noch im Gange, jedoch scheint die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den beiden Bevollmächtigten besteht, was ein Eingreifen des Präsidenten überflüssig machen würde. **Denken Sie der gemischten Kommission?**

Berlin, 13. März. Wie von informierter Seite gemeldet wird, hat die Stadt Benthien die meiste Ansicht, sich der gemischten Kommission zuwenden, die für die Dauer von 15 Jahren als zwischenstaatliches Organ für deutsch-polnische Streitfragen vorgesehen ist. In den bisherigen Verhandlungen in Genf, die über diese Frage gepflogen worden sind, ist Benthien stets als zentral gelegene Stadt für den Sitz der Kommission genannt worden. Die Kommission dürfte dann wahrscheinlich in dem neuen Landgerichtsgebäude untergebracht werden.

Die Zöllner für die obereschlesische Grenze.

Berlin, 10. März. Post und Eisenbahn haben 11 000 überzählige Beamte auf Wartegeld setzen müssen. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen den zuständigen Ministern sollen jetzt diese Beamten von der Reichssteuer- und Zollverwaltung übernommen werden, da infolge der neuen Steuergesetze und der neuen Zollgrenze in Oberschlesien von der Steuer- und Zollbehörde neue Beamte eingestellt werden müssen. Die Steuer- und Zollbeamten protestieren dagegen, daß in ihre Verwaltungen Beamte aus Post und Eisenbahn übernommen werden sollen.

Totales u. Provinzielles.

Sobran OS., den 14. März 1922.

An unsere Leser!

§ (Unsere Postabonnenten) bitten wir, das Abonnement auf das „Sobraner Stadtblatt“ für das 2. Vierteljahr 1922 in der Zeit vom 15. bis 25. März bei ihren Postanstalten bezu. Briefträgern erneuern zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Auch diejenigen Postbezieher, die sich das Stadtblatt von unserer Geschäftsstelle aus haben überweisen lassen, werden gebeten, der Einsicht wegen das Abonnement bei ihrem Postamt bezu. Postagentur oder Briefträgern zu erneuern. — Der vierteljährliche Bezugspreis beträgt vom 1. April

ab am Orte frei ins Haus Mt. 10.—, durch die Post Mt. 12.— Die Erhöhung des Bezugspreises, der nur einen Teil der Unkosten bei der Herstellung des Blattes deckt, ist durch die enorme Steigerung sämtlicher Betriebsmittel (Papier, Farbe, Böhne etc.) notwendig, wenn die Zeitung weiter lebensfähig bleiben soll. Das Stadtblatt wird von jetzt ab gegenüber dem Freiheitspreise nur das 10fache kosten, während alle anderen Gegenstände mindestens um das 30fache, größtenteils um das 50fache und noch höher gestiegen sind. Wir bitten unsere Leser, dies zu würdigen und uns weiter die Treue zu bewahren.

§ (Allgemeine Ortskrankenkasse.) Bei der gestern durch die ordentlichen Aufsichtsglieder stattgefundenen Wahl des Vorstandes wurden folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt: Arbeitgeber: Schütto Karl, Wöhlert, Ratz Franz, Bergleibsch, Gollasch Adolf, Schloßmeier, Problemist Blaschansk, Kaufmann. Arbeitnehmer: Kurejsof Karl, Helger, Schwanitz Alois, Betriebsleiter, Ratzel Blasch, Kutscher, Smelons Josef, Arbeiter, Kempinski, Derrmüller, Janio Hermann, Kaufmann, Neger Paul, Bachdrucker, Ratzel Paul, Wegbauer.

§ (Durch die Verhaftung) des Schmuckhändlers Gorgella von hier wird voranstrichlich ein großer Teil der in der letzten Zeit hierorts verübten Einbruchsdiebstähle seine Aufklärung finden. Es steht nämlich fest, daß G. den großen Einbruchsdiebstahl beim Schmuckwarenhandl. Friedberg ausgeführt hat. Er war der dritte Teil der gekohlten Waren konnte dem Beschlagnahmten wieder zurückgegeben werden, zumal allerdings schon verurteilt. Die Handlungen bei Gorgella und Genossen haben ein umfangreiches Warenlager zu Tage gefördert. So fanden sich außer Juwelen, Pelzen pp. u. a. auch die bei dem Schmuckhändler Robert Kalas f. St. aus dem Schmuckhändler gekohlten Galanteriewaren pp. bei G. vor, ferner Waren, die f. St. bei anderen Schmuckhändlern hier gekohlen wurden, darunter sogar 1/2 Tonne Eisen. Bei seiner gerichtlichen Verurteilung bestritt Gorgella jeglichen Diebstahl und behauptete, sämtliche Sachen „gelegentlich gefunden“ zu haben. Zugänglich des verurteilten Einbruchs beim Schmuckhändler hatten wir in voriger Nr. unseres Blattes berichtet, daß die Täter nicht nur entkommen sind; wie sich nachträglich herausgestellt hat, ist auch nach dem misglückten Einbruchsdiebstahl Gorgella mit seinem 18-jährigen Sohne in der Nähe des Tatortes betroffen worden; er kommt somit auch hier als Täter in Frage. Gorgella steht bei seinem Vater im Diebstahlsverhältnis. Schme genossen zu haben, denn er soll sich an sämtlichen Einbruchsdiebstahl seines Vaters beteiligt haben. Nach der gerichtlichen Untersuchung hierorts ist G. ins Gefängnis abgeführt worden.

§ (Räuberischer Überfall.) Heute vormittag 11 Uhr wurde der Stellenbesitzer Paul Rreit aus Jaschbrock, als er sich mit seinem Gehmann unterwegs nach Sopron befand, im Woskyppher Wald von einem Manne mit vorgeladener Schusswaffe angehalten. R. blieb jedoch auf seine Wunde: ein und es gelang ihm, unverletzt zu entkommen, obwohl der Räuber mehrere Schüsse hinter ihm abgab.

§ (Polnische Industriepläne.) Die „Gazeta Obozista“ meldet: Ganz bedeutende Umwandlungen werden sich nach der erfolgten Zuteilung Oberschlesiens an Polen im Südbereich des Industriegebietes (Hydruks Roter) vollziehen. Der Bau einer neuen Kolere auf Anagrabie ist in Aussicht genommen. Bekanntlich haben die hervorragenden Eigenschaften der Vorkohle bei Hydruks Kohle zu der Errichtung der Koksanlage auf Gammagrabie, auf Dubensko Grabie und in Kaurou geführt. Wie diese Koksanlage, soll auch die neue, die in großem Umfang ausgebaut werden soll, die Gewinnung von Zinn, Blei, Zerköl, Benzol und schwefelhaltigen Ammoniak betreiben. In der Zerkölstation der neuen Kolere sollen nicht nur die eigenen Zinn, sondern auch diejenigen einer großen Anzahl von Koleren des Hydruks und des Zerkölwerks aufgearbeitet und in Öl- und Bzhe gespalten werden. In der projektierten Zerkölstation sollen die Rohstoffe einer Anzahl obereschlesischer Koksanlagen verarbeitet werden. Die Hydruks Kohle, die in den verflochtenen Jahren in steigendem Maße zur Verkohlung im Zerkölwerk herangezogen worden ist, wird ihren vollen Wert für die Hydruksindustrie beibehalten. Die engen Wirtschaftszusammenhänge, die zwischen dem Zerkölwerk und dem Südbereich bisher bestanden haben, werden auch weiter bestehen bleiben; auch was das zur Verkohlung nötige Zerköl anbetrifft, das in erheblichen Mengen aus der Zerkölstation des Zerkölwerks bezogen werden muß. Aus Zerköl des Zerkölwerks wird auch das im Hydruks

ist zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Blattes.



Sonntag nachmittag 1 Uhr verschied nach langem, schweren Krankenlager, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, meine liebe Frau, unsere gute, teure Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter,

Frau Rosalie Depta
geb. Broda

im Alter von 59 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrubt, um das Almosen des Gebets für die teure Verstorbene bitend, an

Sohrau O.-S., den 14. März 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, den 15. März, vormittags 9 Uhr.

Sohrauer Lichtspiele

Mittwoch, den 15. März 1922:

I. Film:

Der asiatisch-europäische Gesellschaftsfilm!

Hang-Lu!

Verfasst von Koebner, dem Autor der bekannten Romane: „Die Nonne und der Harlekin“, „Maria Evers“, „Die Frau ohne Komik“ usw.

Besetzt mit erstklassigen Schauspielern!

In einem kleinen schlesischen Dorf beginnt's. Im fernen Asien spinnt es sich fort und findet seinen Abschluss wieder in der Heimat. Im Gansen: Ein sinnberückendes Drama. Asiatisches Kolorit, orientalischer Aberglaube mit orientalischer Tücke und Rache.

II. Film:

Sein Badepuppchen

mit der beliebten Käthe Dorsch.

2 Vorstellungen um 7 u. 8 1/2 Uhr.

Gute Musik!

Ausnahmewoche: 2 Tage!

Freitag und Sonnabend
den 17. und 18. März 1922:

Die mit soviel Spannung erwartete Fortsetzung des amerikanischen Kolossal-Abenteuerfilms:

Atlas, der Gewaltige!

II. Teil:

Der verräterische Handschuh!!

Die bis ans Äusserste gestiegenen Sensationen lassen auch in diesem Teil nicht nach.

Der II. Teil ist auch für sich selbst verständlich.

2 Vorstellungen:
um 7 und 8 1/2 Uhr.

Tausch!

Meine 16 Morgen große

Wirtschaft

im Kreise Neustadt will ich gegen eine solche oder größere in Sohrau oder Umgegend eintauschen.

Offerten an Ignatz Wrobel, Ober-Lagist, Post Bradgrube.

Statt Karten!

Die Verlobung meiner Tochter Ella mit dem Bürgermeister Herrn Walter Tautz zeige ich hiermit an.

Königshütte, im März 1922.

verw. Frau Franziska Giller.

Ella Giller
Walter Tautz

Verlobte

Königshütte Sohrau OS.

Frische Butter

ist zu haben bei

M. Nowak, Delikatessenhaus
Sohrau OS., Obervorstadt.

Neubauten u. Umbauten

Schaufensterdurchbrüche, Konzeptionszeichnungen, Feuerversicherungen, sowie sämtl. Reparaturen in Maurer- und Zimmerarbeiten übernimmt:

H. Teichmann

Bauunternehmer, Baranowig.
Aufträge werden bei Herrn Dzlonny, Ring-Gasthaus-Sohrau entgegengenommen.

Empfehle mich dem geehrten Publikum zur Ausführung von

Glanzplätterei

bei sauberster Ausführung zu zivilen Preisen.

Frau Julie Geisler,
Bahnhofstraße, bei Bleich.

Zu verkaufen:

3 eiserne Feldbetten, 1 einfacher Ausziehtisch, 1 ovaler polierter Tisch, 1 kleiner eiserner Waschtisch, 1 großer Waschtrog mit Blech ausgeschlagen, 1 Knochenmühle, 1 eiserner Flaschenschrank, einige Krautfässer, 1 schwarzer Uniformmantel und 1 Damen-Automantel, beides Friedensware.

Wodak, Smieschek.

Eine Landwirtschaft

100 Morgen groß in der Nähe von Sohrau wird am Freitag, den 17. März d. Js. an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft. Näheres

Auskunftsbüro Sohrau.

800—1000 m montiertes

Feldbahngleis

oder lose Schienen, 60—70 mm mit 3 Weichen, 8 Drehscheiben, 10 Ripploren, 4 Plateauwagen, sofort, auch in klein. Teilmengen nur von direkten Abgebern gebr. zu kaufen gesucht. Ausf. Preisofferten unter 5. 100 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Zum Rändigen Einkauf von Allprodukten suche ich für sofort einen

zuverlässigen und tüchtigen

Sammler

für Sohrau und Umgegend.

Ein Wagen mit Pferd sowie Unterkunftsstände werden zur Verfügung gestellt. Die näheren Bedingungen und Vereinbarungen sind zu erfahren bei der Firma

D. Schleier & Co. Nachf.

Inh. Alexander Moll,
Getreide-, Mehl- u. Rohproduktengeschäft
an grob Sohrau O.-S. an detail
Friedrichstraße.

20000 Mark

auf sichere erste Hypothek von pünktlichem Zinsenzahler gesucht. Offerten an die Expedition dieses Blattes.

Suche für Rittergut Tornow

15 kräftige

Burschen oder Mädchen

Meldungen bei Herrn Hauptlehrer Seemann, Krentzdorf.

Schultz, Tornow, Uckermark.

Zum Antritt per 1. 4. 22 wird ein

LEHRLING

mit guter Schulbildung gesucht.

M. K N E S C H,
Colonialwaren.

Junge Leute

die zur See fahren wollen, erhalten vorher Aufklärung und Rat. Auskunft bei Hamburg 36. Schif. 112., D. 103.

2 Fuhren Dünger
hat abzugeben
Paul Lala, Rilschczowka.

Adler-Bäder

— nicht Beechdrücken liefert preiswert —
H. Engelmann, Sohrau, Rilschczowka.

Un unsere werte Kundschaft!

Laut Innungsbeschluss der hiesigen freien Bäcker-Innung sind infolge der hohen Herstellungskosten und sonstiger Teuerung folgende Preise festgesetzt worden:

Helles Gebäck:

1 Semmel . . . 1,50 Mk.
1 Brot . . . 15,00 "

Dackelb:

1 Pfund ausgebackenes Hausbackbrot . . 40 Pfg.
1 großes Blech Kuchen 3 Mk.
1 kleines Blech Kuchen 1,50 "
Napfkuchen je nach Größe 2—4 "

Freie Bäcker-Innung Sohrau O.-S.

Die Ausbeutung uns. Sandgrube

soll gegen Höchstgebot vergeben werden.
Gebote sind schriftlich oder mündlich
bis zum 20. März einzureichen.

Oberschl. Apparate- & Eisenwerke G.m.b.H. Sohrau.